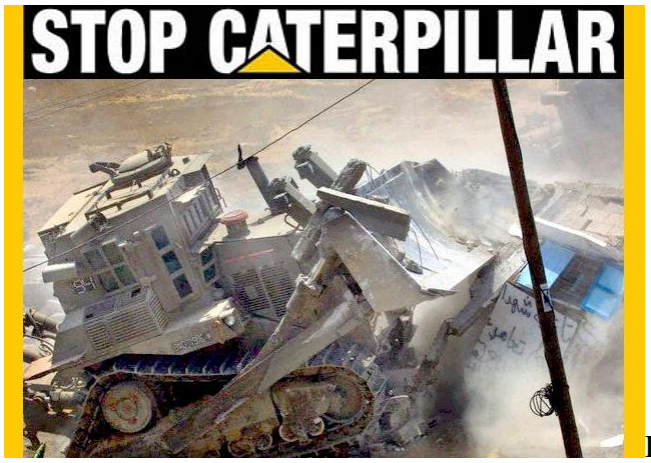


Über Direktinvestitionen, Fonds und Portfolios sind AnlegerInnen an völkerrechtswidrigen Wirtschaftsaktivitäten in Israel beteiligt. Desinvestition bedeutet, dass Unternehmen, Kirchen, Banken, Pensionskassen und andere Investoren ihre Gelder aus Institutionen und Unternehmen zurückziehen, die Israels Politik der Besatzung, Kolonisierung und Apartheid unterstützen.



Das können israelische Organisationen wie der Jewish National Fond, SodaStream, Banken, Rüstungskonzerne wie Elbit und IAI oder Unternehmen wie Agrexco, Teva, Mehadrin sein, um nur einige zu nennen. Es können aber auch internationale Konzerne, Banken und Institutionen sein, die in Israel oder den besetzten Gebieten tätig sind. Im Zentrum der internationalen Kampagnen standen bislang Unternehmen wie Caterpillar, Veolia, Hewlett Packard (HP), G4S und viele mehr. In seinem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat verweist auch der Sondergesandte Richard Falk auf Unternehmen, die direkt von der israelischen Besatzung profitieren.

In der Schweiz können Unternehmen, Institutionen und Pensionskassen ebenfalls aufgefordert werden, ihre ethischen Grundsätze zu beachten und ihre Zusammenarbeit mit Partnern einzustellen, die Menschenrechtsverletzungen begehen. Ein erster Schritt besteht darin, Unternehmen darauf hin zu überprüfen, wo sie ihre Gelder angelegt haben. Insbesondere Grossbanken wie UBS und Crédit Suisse, aber auch Konzerne wie Novartis u.a. sind in Israel und/oder den besetzten Gebieten tätig. Eine unvollständige und im Konkreten jeweils zu überprüfende Liste an entsprechenden wirtschaftlichen Kooperationen findet sich in der Studie Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Israel (Stand März 2015).

Beiträge zum Thema

- [Aktion gegen Dexia, die israelische Siedlungen finanziert]

  22.04.2009

  AktivistInnen störten am 9. April eine Versammlung der französischen Bank Dexia (Frankreich)

  [Weiterlesen ...]

- [Weitere Erfolge gegen Veolia und Alstom]

  22.04.2009

  Die Kampagne für den Rückzug der französischen Konzerne Veolia und Alstom aus dem Tramprojekt in Ostjerusalem konnte neue Erfolge erzielen...

  [Weiterlesen ...]

- [Strassenbahn und Kläranlage im besetzten Jerusalem und Jordantal]

  13.04.2009

  Der französische Konzern "Veolia" und "Alstom" haben 2003 den Zuschlag des israelischen Staates erhalten in Ostjerusalem eine Strassenbahnlinie zu bauen und zu betreiben. Die 18.3 Km lange Strassenbahnlinie soll verschiedene Siedlungen im Norden von Jerusalem mit der Innerstadt verbinden. Die Strassenbahn wird in der besetzten Westbank und im illegal annektieren Ostjerusalem gebaut.

  [Weiterlesen ...]

[Erfolgreiche Aktionen gegen Alstom in Schweden]

26.03.2009

Ein weiterer Erfolg der Boykottkampagne gegen Connex/Veolia in Schweden. Der nationale schwedische Pensionsfond hat 15 Milliarden Kronen Pensionsgelder aus dem Konzern Aldtom zurückgezogen.

[Weiterlesen ...]

- [Neue Webseite über Besatzungsprofiteure]

  28.02.2009

  Die israelische Koalition der Frauen für Frieden hat neu eine Webseite mit Daten über Firmen ins Netz gestellt, in der Firmen beschreiben sind, die von der israelischen Besatzung und Kolonialisierung profitieren

  [Weiterlesen ...]

- [Offener Brief an die Basler Sarasin Bank]

  11.06.2008

  Unter "nachhaltigen" Investitionen empfiehlt die Sarasin Bank Investitionen in den französischen Konzern "Veolia Envirement".

  [Weiterlesen ...]

- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- Vorwärts

Downloads

- Studie Wirtschaftsbeziehungen Schweiz - Israel (1,2 MiB)
- Report on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 (Richard Falk) (287,8 KiB)
- Factsheet on Caterpillar.pdf (353,8 KiB)
- Factsheet on Motorola.pdf (124,8 KiB)

Links zum Thema

- Mass Against HP -
- Stop HP -
- Globale Kampagne gegen G4S (BNC) -
- Addameer: Stop G4S -
- US Campaign to End the Israeli Occupation: Caterpillar -
- Global Exchange: Economic Activism for Palestine -
- War on Want: G4S -
- Corporate Watch -

- Who Profits -

Weitere Flugblätter, Stickers und Broschüren im Downloadbereich